



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Das polnische Problem und die preußische
Ostmarkenpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Das polnische Problem und die preußische Ostmarkenpolitik

Von George Kleinow



Der unerwartet eingetretene Tod des bisherigen Oberpräsidenten von Posen und die Ernennung seines Nachfolgers hat die übliche Erörterung über die Zukunft unserer Ostmarkenpolitik ein wenig belebt und die berufsmäßigen Pessimisten wieder einmal stärker zu Worte kommen lassen. Man weiß vom preußischen Ministerpräsidenten, der für die Ernennung des Herrn von Eifenhart-Rothe die Verantwortung hat, zweierlei, was ihm von den radikalen Nationalisten recht übel genommen wird: während seiner kurzen Amtszeit als Regierungspräsident in Bromberg hat er sich jede Einmischung in seine Amtstätigkeit, die, wie Frau Jama erzählt, von einzelnen Mitgliedern des Ostmarkenvereins, besonders mit Bezug auf Stellenbesetzung versucht wurde, energisch verboten und dann gilt er als entschiedener Gegner des Enteignungsgesetzes; es ist bekannt, daß Herr von Bethmann seinerzeit sowohl vom Fürsten Bülow wie von seinen Vortragenden Räten geradezu berannt werden mußte, ehe er sein Votum entsprechend der Bülowschen Politik abgab. Kein Geheimnis ist es, daß ihm das Enteignungsgesetz heute mehr noch wie vor sieben Jahren als eine ungeeignete Maßregel zum Kampf um die Ostmark erscheint. Es mag Herrn von Bethmann heute vielleicht gar als ein großer Fehler erscheinen, daß er damals nicht in der Opposition blieb, — jetzt hat er ihn jedenfalls selbst auszubaden, und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß er ernstlich entschlossen ist, wieder gut zu machen, was noch gut zu machen ist. Solche Feststellung genügt unseren aggressiven Ostmarkenpolitikern, um die gesamte Ostmarkenpolitik durch einen neuen Regierungskurs als gefährdet hinzustellen und den Kanzler der nationalen Schwäche zu verdächtigen. Ich habe Vertretern dieser Anschauung Gelegenheit gegeben, sich in den Grenzboten auszusprechen (siehe Heft 34 vom 20. August 1913); heute möchte ich meinen eigenen Standpunkt in der Ostmarkenfrage näher kennzeichnen, auf die Gefahr hin, nicht bei allen meinen

Freunden Zustimmung zu ernten, aber doch in der Hoffnung, Verständnis bei ihnen zu finden.

Mit einem Ausflug in die große Politik sei begonnen.

Am 1./12. März 1877 berichtete der auf einer Rundreise durch Europa begriffene russische Botschafter Graf N. P. Ignatjew an seinen Chef, den Staatskanzler Fürsten Gortschakow, über eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck: „Nach den Worten des Kanzlers sind es nur die Polen in Rußland und die Ultramontanen in Deutschland, die sich bemühen eine Verschiedenheit der Meinungen (zwischen Rußland und Deutschland, G. G.), die vorübergehend austauschen könnte, zu unterstreichen, in der Auffassung, daß ihnen ein Zusammenstoß zwischen uns von Nutzen sein würde.“ Bismarck machte also damals dem russischen Diplomaten gegenüber einen Unterschied zwischen den russischen und preußischen Polen, ließ durchblicken, daß die preußischen Polen loyal zum jungen Reich halten würden und gesteht nur zu, daß er den Ultramontanen nicht traue, die, wie wir wissen, damals auch eine besonders feindselige Haltung gegen Rußland einnahmen (Zukunft Polens Bd. II), also gewissermaßen ein gemeinsamer Feind waren. Bismarck mochte damit andeuten wollen, daß die russischen Polen bei einem Zusammenstoß der beiden Mächte nicht auf der Seite Rußlands kämpfen würden. In einer Anmerkung fügt Ignatjew dem amtlichen Bericht hinzu: „Fürst Bismarck erklärte, daß die Vergrößerung der Zahl der Polen und Juden, Deutschland, das davon so schon genug habe, keinerlei Vorteil bringen würde, insofgedessen denke auch niemand an eine Angliederung Polens, „wenngleich die Weichsel, von strategischen Gesichtspunkten aus angesehen, keine schlechte Grenze für den Osten abgäbe . . . Deutschland kann weder an der französischen Seite, noch an der entgegengesetzten, das ist an der russischen Eroberungen machen, derentwegen es sich verlohnte Krieg zu führen . . .“ Aus den Mitteilungen von Moritz Busch wissen wir daneben, daß Bismarck selbst noch gegen Ende des Jahres 1870 mit der Möglichkeit rechnete, den Polen eine Rolle in seinen Plänen zuweisen zu müssen, die seiner späteren Haltung ihnen gegenüber direkt widersprach. Bismarck schätzte den Dienst, den Alexander der Zweite Preußen durch seine wohlwollende Neutralität im Kriege gegen Frankreich erwiesen hatte, augenscheinlich so hoch ein, daß er sich entschloß, alle Kombinationen mit den Polen, und dazu gehörte auch das bereits vorbereitete Bündnis mit dem Papst, hinzugeben und sogar die Brandfackel des Kulturkampfes in das deutsche Volk zu schleudern. — Ähnlich verfahren russische Staatsmänner vierzig Jahre später. Im letzten Jahre seiner Amtszeit und seines Lebens (1910/11) hatte der russische Ministerpräsident Stolypin mit dem Führer der polnischen Dumafraktion Roman Dmowski ein Abkommen getroffen, das darauf hinauslief, dem russischen Reiche die loyale Mitwirkung der Polen in einem etwa möglichen europäischen Kriege sicherzustellen, gegen das Versprechen der Gewährung der Autonomie für die von den Polen kulturell beherrschten Landesteile. Weder sein Amtsnachfolger Kowrow noch Herr Goremykin sind ernsthaft auf

diese Vereinbarung zurückgekommen, obwohl von französischer, angeblich heeresamtlicher Seite den Russen im vorigen Jahre nachgewiesen worden ist, daß sie ihre Streitkräfte an der Westgrenze ohne weiteres um dreihunderttausend Mann durch die Polen vermehren könnten, wenn sie den Polen die Autonomie im Königreich gewähren wollten. So darf man zwar feststellen, daß die Notwendigkeiten der praktischen Politik immer noch über die Köpfe der Polen hinweg zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Rußland geführt haben, daß aber doch immer wieder Momente eingetreten sind, die die Polen als wichtige Bundesgenossen in Fragen der großen Politik erscheinen ließen, woraus denn gefolgert werden darf, daß solche Momente auch späterhin immer wieder einmal werden eintreten können. Es ist selbstverständlich, daß sich die Polen dieser Eigentümlichkeit ihrer politischen Stellung zwischen den herrschenden Völkern wohl bewußt sind und daß sie daraus als lebensvolles, selbstbewußtes Volk die Pflicht für sich herleiten, für den großen Augenblick, in dem sich ihr Schicksal erfüllen könnte, gerüstet zu sein.

Des Zusammenhanges der preussischen Ostmarkenpolitik mit den Fragen der europäischen Politik, wie er in den angeführten Tatsachen zum Ausdruck kommt, wird sich jeder preussische Staatsmann und Politiker erinnern, der eine sichere Basis für die Beurteilung unserer Ostmarkenpolitik zu gewinnen strebt. Gelingt ihm das, so wird ihm auch ohne weiteres einleuchten, daß wir es bei den preussischen Polen nicht allein mit einem Bevölkerungssplitter von etwa vier bis viereinhalf Millionen Menschen zu tun haben, der für sich genommen wohl von einem fünfzehnmal größeren Volke allmählich aufgesogen werden könnte, sondern mit einem organischen Teil des Zwanzigmillionenvolkes, das zu assimiliieren den Deutschen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Der Staatsmann und Politiker, der dies Verhältnis zwischen der Zahl der Polen und der Deutschen in den Rahmen der großen Politik einzusetzen weiß, wird kaum die Verantwortung dafür übernehmen wollen, einer der beiden radikalen Parolen, die bei uns ausgegeben werden, also entweder der sogenannten Ausrottungspolitik oder einer Versöhnungspolitik zu folgen. Ein Volk von zwanzig Millionen mit der nationalen Regsamkeit der Polen läßt sich durch keinerlei Gewaltmaßregeln ausrotten, schon weil es eine Idee verkörpert, die nicht an den Leib gebunden ist; ein Fünftel dieses Volkes aber sich durch versöhnliche Politik assimiliieren wollen, ohne dabei die übrigen vier Fünftel zu berücksichtigen, käme dem Versuch einer Amputation gleich, den man praktisch nicht höher bewerten dürfte, wie den Ausrottungsversuch.

Man muß sich diesen Ideengang einmal in Ruhe klargemacht haben, um daran anschließend zu der Feststellung zu gelangen, daß es nur böswillige Verleumdung sein kann, den Führern des Ostmarkenvereins vorzuwerfen, sie wollten die Polen in Preußen ausrotten! Man findet solche Behauptung in der polnischen Presse, die sie zur Agitation braucht, um das hier und da vielleicht erlahmende Nationalbewußtsein bei den Polen immer von neuem zu beleben.

Die verständigen Polen glauben jedenfalls ebensowenig daran, wie wir. Im übrigen haben die Vorwürfe nur die praktische Bedeutung, daß sie die im deutschen Lager an und für sich schon herrschende Uneinigkeit über die Polenpolitik durchaus zum Schaden der nationalen Sache vergrößern.

Diese Feststellung führt nun noch lange nicht dazu, denen Recht zu geben, die da meinen, wir brauchten die Polen nur in ihren nationalen Empfindungen zu schonen, ihre Religion und Sprache anzuerkennen und es ihnen selbst zu überlassen, ob sie die deutsche Sprache lernen wollten oder nicht, um sie in gute deutsche Staatsbürger umzuwandeln. Wer so denkt, übersieht zunächst, daß die Polen in Preußen weder in Sprache noch Religion beengt werden, der achtet aber auch die nationale Kraft der Polen gar zu gering, — dem ist sicher auch nicht gegenwärtig, daß der staatlich in der Republik vereinte Haufe, der einst die Teilungen zuließ, sich in den abgelaufenen hundertundfünfzig Jahren zu einer Nation im besten Sinne des Wortes, zu einem Volk mit eigener hoher Kultur, eigenen politischen Zielen und nationalen Organisationen umgewandelt hat, in ein Volk, das zwar gezwungen ist, in drei Staatswesen Bürgerrecht zu nehmen, das aber nichts weniger als in drei Teile gespalten ist. Derjenige von den drei Teilungsstaaten, der die Polen „versöhnen“ wollte, mußte ihnen behilflich sein, das große Ziel ihres nationalen Sehnsens, den staatlichen Zusammenschluß, die staatliche Selbständigkeit zu erreichen. Das Geheimnis der österreichischen Politik, die uns stets als vorbildlich hingestellt wird, ist schnell entschleiert. Sowohl die geographische Lage, wie die Staatsorganisation der Habsburgischen Monarchie, wie schließlich der praktische Gegensatz zwischen der russischen und österreichischen Politik seit dem Krimkriege, gestatten es der Reichsregierung, den Polen vorzugaukeln, als unterstütze sie deren Ambitionen, ohne es doch je ernsthaft getan zu haben. Man mußte schon auf die ganz großen historischen Richtlinien zurückgreifen, wollte man ähnlich von einem deutsch-russischen Gegensatz sprechen. Man mußte auf die staatsbildenden Tendenzen des achtzehnten Jahrhunderts in Preußen und Rußland zurückgehen, die mit den Festsetzungen des Wiener Kongresses ihren Abschluß fanden, wollte man die Basis für eine praktische Versöhnungspolitik zugunsten der Polen gewinnen. Diese Basis bedeutete den Bruch mit Rußland und Inaugurierung einer Politik ähnlich der, wie sie die Herren Bobrinski und Konsorten unter den Ruthenen in Österreich treiben, worüber wir unsere Leser in Heft 1 d. J. eingehend unterrichtet haben*).

Ein Wort der Erläuterung scheint hier am Platze.

Als Friedrich der Große in die von der habsburgischen Diplomatie angestrebte erste Teilung der zum Werkzeug Rußlands herabgesunkenen polnischen Republik willigte, war sein großes Ziel, Raum zu schaffen für die Ausdehnung Preußens: die russische Westgrenze sollte nicht an den Stadtmauern Berlins entlang laufen.

*) „Der Angelpunkt des österreichisch-russischen Gegensatzes“.

Schon im Jahre 1746 hatte der König geschrieben: „Von allen Nachbarn Preußens ist das russische Reich der gefährlichste, sowohl durch seine Macht, wie durch seine örtliche Lage.“

Gilt dieser Satz heute noch oder heute wieder? Der große König begründete damals seine Ansicht mit dem Hinweis auf „die ungeheure Zahl ihrer leichten Truppen, die Preußen von Grund aus zu verwüsten imstande wären, während man ihnen den Schaden, den sie anrichten, nicht vergelten kann.“ Mit dieser Begründung ist heute sicher nichts anzufangen, wenn auch in Rußland, wie ich in meinen „Russischen Briefen“ nachgewiesen habe, Stimmungen wirksam sind, die uns fast gewaltsam zu den Auffassungen des großen Königs zurückführen. Immerhin: stellt man die Verschiebung der politischen Konstellation seit den Unterredungen zwischen Bismarck und Ignatjew in Rechnung, erinnert man sich der Tatsache des franko-russischen Bündnisses, zieht man weiter in Betracht, wie energisch Rußland sich einerseits von neuem der europäischen Politik zugewandt hat und wie andererseits die deutsche Industrie- und Exportpolitik Rußland mit geradezu elementarer Gewalt zu zwingen scheinen — man könne meinen, gegen den Willen der Machthaber — auf unseren Osten zu drücken, dann freilich erscheinen die deutsch-russischen Beziehungen unter einem Licht, das uns auf die Auffassungen des großen Preußenkönigs zurückführen kann.

Man wird freilich, um nicht in bodenlosen Pessimismus zu verfallen, gut tun, sich dessen bewußt zu bleiben, daß heutzutage im Kampfe der Völker die Mittel vielseitiger geworden sind, so daß das Vorhandensein zahlreicher „leichter Truppen“ allein keinen Grund zur Besorgnis mehr bilden könnte. Wohl aber spielen moralische Kräfte bei den beteiligten Völkern eine umso größere Rolle. Bei den Polen ist nun folgende eigentümliche, früher noch nicht beobachtete Tatsache eingetreten: das in drei Staatsgebiete eingeordnete Volk spielt, obwohl es kein in sich geschlossenes Wirtschaftsgebiet beherrscht, obwohl es keine eigenen, den Weltmarkt beeinflussenden Finanzen hat, wirtschaftlich eine so bedeutende Rolle, daß Deutschland und Rußland mit ihm wirtschaftlich rechnen, und daß jeder dieser Staaten vom anderen gezwungen werden kann, mit den Polen politisch zu rechnen. Die Tatsache, daß Deutschland eine halbe Million Polen, die außerhalb der Reichsgrenze beheimatet sind, und eine Million eigene Polen unbedingt braucht, um die Anforderungen der heimischen Wirtschaft zu befriedigen, ist nicht aus der Welt zu schaffen. Die weitere Tatsache, daß unsere die Weltpolitik umspannende Industrie- und Exportpolitik zu einem guten Teil auf dem Vorhandensein der polnischen Arbeitskräfte beruht, ist im Auslande so bekannt und wird in Rußland und Frankreich schon so oft in den Bereich politischer Erwägungen gezogen, daß wir uns nicht mehr scheuen dürfen, sie auch uns einzugestehen. Jede Tonne Eisen oder Kohle, die wir mehr ausführen, jeder Kilometer Eisenbahn, den wir in Oberschlesien oder in den entferntesten Kolonien strecken, bedeutet eine Bereicherung für die Polen, die außerhalb Deutschlands wohnen, also auch für Rußland!

Auch diese Wandlungen muß der preußische Staatsmann und Ostmarkenpolitiker im Hinblick auf die internationale Politik und auf das Bevölkerungs- und Arbeiterproblem in Deutschland berücksichtigen. Unser völkisches und staatliches Leben ist unendlich viel komplizierter geworden, als es selbst schon in den achtzehnhundertsechziger Jahren war. Nur drei Ideengruppen sind durch anderthalb Jahrhunderte unverändert in ihrer ideellen Macht geblieben: der preußisch-deutsche, der polnische und der russische Staatsgedanke.

Die Polen sind sich der allmählich eingetretenen Veränderung ihrer politischen Lage zwischen den Nachbarn voll bewußt; sie wissen, daß das polnische Problem sich von Grund auf gewandelt hat und schöpfen daraus die Hoffnungen für ihre nationale Zukunft. Das polnische Problem ist ein national-soziales Problem geworden — sozial, weil die Zukunft der polnischen Nation in immer stärkerem Maße auf der Tüchtigkeit ihrer arbeitenden Klassen beruht —, national, weil diese arbeitenden Klassen, obwohl sozialistisch organisiert, nicht dem internationalen Kosmopolitismus verfallen sind.

Angeichts solcher Tatsachen erscheint es mir verhängnisvoll, den Kampf um die Ostmark noch weiter nur mit solchen Mitteln zu führen, die sich ausschließlich gegen oder an die preußischen Polen wenden, Mittel, die ihre Begründung zum Teil im Haß oder in der Liebe, also in Gefühlswerten suchen.

Wie ich in diesen Heften schon im Sommer 1908 ausführte, haben die Verhältnisse in der Ostmark den in nationaler Hinsicht so prekären Zustand bekommen durch unsere wirtschaftliche Entwicklung, durch dieselbe wirtschaftliche Entwicklung, die, wie ich zeigte, auch auf unser Verhältnis zu Rußland von tief einschneidendem Einfluß sein kann. Es sind nicht die Polen, die die günstigen Vorbedingungen für ihre wirtschaftliche und politische Erstarkung geschaffen haben, sondern wir. Wenn die Polen sie nach Kräften für ihre eigenen Ziele ausnutzen, so ist es unpraktisch, sie dafür zu schelten, praktisch aber, den Hauptnutzen unserer Arbeit auch uns zuzuführen. Zum Haß gegen unsere Polen liegt kein rechter Anlaß vor. Es scheint mir daher nur logisch, wenn auch die Ostmarkenfrage lediglich von praktisch wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus, und nicht von gefühlsmäßigen behandelt wird. Unsere wirtschaftliche Entwicklung beruht, abgesehen von unseren Fähigkeiten, auf der gesunden Basis, die uns ein von Ausnahmegesetzen freier Rechtsstaat gegeben hat. Wo wir diese Basis verließen, haben wir in nationaler Beziehung die schwersten Einbußen erlitten: Kulturkampfgesetze, Sozialistengesetz. Ein Einbruch in die Rechtssicherheit der preußischen Staatsbürger bedeutet das Enteignungsgesetz mit jener chauvinistisch-nationalen Begründung, die es durch den Fürsten Bülow erhalten hat. Ich habe mich seinerzeit sehr energisch gegen die Einführung des Enteignungsgesetzes ausgesprochen, leider aber von Petersburg aus nicht die Möglichkeit gehabt, die Veröffentlichung meiner Argumente in den Grenzboten durchzusetzen. Die Tatsache, daß die Regierung sich seiner nicht bedient, zeigt, daß es zum mindesten überflüssig ist; die Anstiedlungskommission bekommt

tatsächlich das Land, dessen sie bedarf, im freihändigen Verkauf nicht teurerer wie auf dem Wege der Enteignung. Als nationales Kampfmittel hätte das Gesetz einen praktischen Nutzen nur dann bringen können, wenn damit die systematische Vertreibung der Polen von ihrer Scholle verbunden worden wäre. Daran aber denkt, wie schon hervorgehoben wurde, kein verständiger Mensch in Preußen schon allein aus dem einen Grunde, weil wir die polnischen Arbeitskräfte nötig haben. Als soziales Kampfmittel gegen den Bodenwucher wäre das Gesetz verständlich und vielleicht sogar praktisch gewesen, wenn es als Reichsgesetz für das ganze Deutsche Reich Geltung bekommen hätte. Aber auch als soziales Kampfmittel halte ich es für eine zweischneidige Waffe, die die Grundlagen des bürgerlichen Staates in Frage stellen würde, — es sei denn, daß man darauf ausginge, das gesamte Landareal im Reich zu verstaatlichen, mit dem Zweck, es überhaupt aus dem Handel zu ziehen und durch großzügige innere Kolonisation der Nation eine breite, im Heimatboden wurzelnde Bauernschicht zu geben.

Sind wir wirklich soweit, dann gäbe es meines Erachtens weniger gefährliche Maßnahmen, wie die Enteignung. Monopolisierung des Handels mit Grund und Boden durch den Staat, die Einführung von Preistabellen für den Boden in Stadt und Land, Vorkaufsrecht zu bestimmtem Preise wären auch Mittel, um die ländlichen Schichten zu verstärken, wirksam, ohne doch so tief in die Willensfreiheit der bestehenden Schichten einzugreifen, wie das Enteignungsgesetz es tut.

Damit komme ich zu konkreten Vorschlägen: an Stelle des Schlagwortes Ostmarkenpolitik sollte die Parole fortan ausschließlich heißen: innere Kolonisation, was wieder zur praktischen Folge haben müßte: Aufhebung des Enteignungsgesetzes, als eines unnötigen, die Politik erschwerenden Ballastes; Vereinigung aller heute schon der inneren Kolonisation dienenden Organisationen mit Einfluß der Ansiedlungskommission, unter ein technisches Ministerium für innere Kolonisation, zunächst in Preußen. Gestützt auf die breite soziale Basis und geschützt durch unantastbare Rechtsgrundsätze würden wir ganz andere moralische und materielle Hilfsmittel zur Festigung des deutschen Walles an unserer Ostgrenze gewinnen, wie heute, wo wir den Wallungen eines nationalen Chauvinismus preisgegeben sind, der sich morgen ebenso gegen jeden deutschen Bürger wenden kann, wie er sich heute gegen die Polen richtet. Keine staatliche Macht ist unsicherer begründet, als die, deren Regierung sich den wechselnden Gefühlsmomenten der Masse hingibt, gleichgültig ob die Motive dabei edel oder unedel, patriotisch oder unpatriotisch sind.

